

TOP 9	Beratung und Beschlussfassung über das integrierte Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde Westerburg Vorlage: VO/2022/0369
--------------	--

Frau Christina Becher erläuterte die Grundzüge des Klimaschutzkonzeptes der Verbandsgemeinde Westerburg und die Grundlagen, auf denen dieses erstellt wurde. Seit der letzten Hauptausschusssitzung konnten Rückmeldungen an die Verbandsgemeinde herangetragen, wovon bisher kein Gebrauch gemacht wurde. Nun wird die Verbandsgemeinde Westerburg von der Planungs- in die Umsetzungsphase übergehen. Sie berichtete, in welchen Sektoren die Verbandsgemeinde mit ihrem Klimaschutzkonzept Einfluss nehmen kann.

Im Anschluss gab Herr Hof das Wort an die Fraktionen weiter. Die Fraktionen nahmen Stellungen zu dem vorgestellten Klimaschutzkonzept. Neben positiven Rückmeldungen und Dank-sagungen für die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes gab es auch einige Kritik. Die Grundlagen seien etwas veraltet (aus dem Jahr 2017) und es gäbe noch viel Entwicklungspotential, welches noch nicht ausgeschöpft werden würden. Weiterhin solle eine fundierte Beratung für die Bürger/-innen eingeführt werden. Hier sei z.B. möglich einen Berater der Verbraucherschutzzentrale in die Verbandsgemeindeverwaltung einzuladen. Es würden Maßnahmen für die nähere und weitere Zukunft fehlen. Hierüber wurde diskutiert, ob eine konkrete Zielsetzung überhaupt möglich sei.

Weiterhin würde ein konkretes Klimaschutzziel für die Verbandsgemeinde Westerburg fehlen. Das Klimaschutzkonzept ließe zu viele Fragen offen.

Die SPD-Fraktion bittet darum, den Beschlussvorschlag abzuändern und die Zeit bis zur nächsten Sitzung im Dezember zu nutzen um die offenen Fragen zu klären.

Weiterhin wurde angemerkt, dass die breite Öffentlichkeit über das Klimaschutzkonzept und Möglichkeiten des Klimaschutzes informiert werden muss.

Von mehreren Stellen wurde angemerkt, dass noch einige Fragen offen seien, welche unbedingt geklärt werden müssen und noch einige Details fehlen würden.

Herr Bürgermeister Hof erläuterte, dass es sich bei dem Konzept nur um einen Startschuss für einen Prozess sei, der nun beginnen kann und über die nächsten Jahre fortgeschritten und evaluiert werden muss.

Beschluss:

Der Hauptausschuss / Verbandsgemeinderat stimmt dem Integrierten Klimaschutzkonzept als strategische Entscheidungsgrundlage für Politik und Verwaltung zu. Das Konzept soll aktualisiert werden bezüglich der Auswirkungen der dramatischen Gaspreissteigerungen. Es sollen die eventuell geplanten Personalmaßnahmen, die eventuell zusätzlichen Stellen und die organisatorische Verwaltungseinheit dargelegt werden. Der Bürgermeister soll einen konkreten Vorschlag vorlegen, welches Ziel bis wann erreicht werden soll. Gegebenenfalls soll die Liste der vorgeschlagenen Maßnahmen ergänzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 32 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1